Kolumne : Schweiz: die Zukunft liegt in Europa

Autor(en): **Segond, Guy-Olivier**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **16 (1989)**

Heft 1

PDF erstellt am: **31.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-909954

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Beitragsfrage periodisch überprüft und zur Diskussion gestellt werden soll.
Heute stehe aber die Frage im Zentrum, wie die Schweiz diesem Europa angehören könne, ohne der EG beitreten zu müssen. Die Schweiz sei Teil und Zentrum Europas und wolle nicht auf Distanz zu diesem Kontinent gehen, dem sie aufgrund ihrer Geschichte, Kultur und Wirtschaftsverflechtungen als natürlicher Partner angehöre. Die Schweiz werde ihre solidarischen Verpflichtungen in und gegenüber Europa wahrnehmen. Der EG nicht beitreten, bedeute nicht Verzicht auf Mitwirkung am europäischen Integrationsprozess. Dies verlange keine grundsätzliche Neuorientierung, sondern ermögliche die konsequente Fortsetzung der pragmatischen, auf strikter Reziprozität von Rechten und Pflichten beruhenden bisherigen Zusammenarbeit mit der EG. Die Anforderungen würden aber zweifellos härter, weshalb die Schweiz ihre Europafähigkeit laufend verbessern müsse. Europafähigkeit setze u.a. eine europakonforme Gestaltung der eigenen Rechtsetzung voraus, um eine grösstmögliche Vereinbarkeit der schweizerischen Rechtsvorschriften mit denjenigen der europäischen Partner zu sichern. Die einem Drittstaat nicht zustehende Mitbestimmung der EG-Politik müsse mit geschärfter Hellhörigkeit für allenfalls nationale Interessen tangierende Absichten sowie mit aktiver Kontaktsuche und Konsultationsbereitschaft kompensiert werden. Vor allem aber, betont der Bundesrat, müsse die Schweiz im Verhältnis zur EG europa-, wirtschafts- und wettbewerbspolitisch stets so vital und attraktiv bleiben, dass sie eine allfällige Entscheidung für oder wider den EG-Beitritt jederzeit in Freiheit und Gelassenheit treffen könne.

Raul Lautenschütz, NZZ-Bundeshausredaktor, Bern

INTERNATIONALE MUSIKFESTWOCHEN LUZERN

Information, Programme, Kartenbestellungen:

Internationale Musikfestwochen
Postfach,
CH – 6002 Luzern (Schweiz)
Telex 868 233

16. August–9. September 1989

Kolumne

Schweiz: Die Zukunft liegt in Europa

Seit ein paar Monaten realisieren Behörden, Medien und Bürger, dass die Entwicklung und die Beschleunigung der europäischen Integrationsbestrebungen die Schweiz, ihre Einwohner und Unternehmen direkt berühren.
Dieser Eindruck ist richtig.
Seit den Römerverträgen (1957) hat sich die Europäische Gemeinschaft stets weiterentwickelt. Heute hat sie eine politische Organisation, niedergelegt in ihrer Verfassung, der Europäischen Einheitsakte (1986). Die Exekutive ist die Europäische Kommission, eine Art europäischer Bundesrat. Die beratenden Organe sind einerseits das Europaparlament – eine Art Nationalrat – und der Ministerrat – eine Art Ständerat. Die richterliche Gewalt schliesslich wird durch den Europäischen Gerichtshof verkörpert.
Diese Institutionen erarbeiten in verschiedenen Bereichen eine gemeinsame Politik, so unter anderem in Landwirtschaft, Sozialwesen, Wissenschaft, Transportwesen, Entwicklungszusammenarbeit, Terrorismusbekämpfung und so weiter. Es gibt zwischen den Mitgliedstaaten eine verstärkte ökonomische und soziale Solidarität, und darüberhinaus bestehen sogar Prinzipien und Regeln in bezug auf die Aussenpolitik.
Die Gemeinschaft bringt ein gemeinsames Recht hervor, das in vergleichbarer Beziehung zum einzelstaatlichen Recht der Mitgliederstaaten steht, wie das eidgenössische zum kantonalen Recht. Zusätzlich hat die Gemeinschaft ein Budget, eine Verwaltung, eine Währungseinheit (den ECU) und einen europäischen Pass, der allen 320 Millionen Bewohnern abgegeben wird.
Mit Ausnahme der Verteidigungspolitik – die Mehrheit der Mitgliedstaaten gehört allerdings zur NATO – weist die Gemeinschaft also verschiedene Charakteristiken der zukünftigen Vereinigten Staaten von Europa auf.
In Anbetracht dieser sich verändernden Wirklichkeit gibt es viele Stimmen, die sagen: «Die Schweiz kann der Europäischen Gemeinschaft nicht angehören.» Das ist allerdings eine Schlussfolgerung, die gezogen wird, bevor die eigentlichen Überlegungen begonnen haben.
Wie können wir uns weigern, gewisse Fragen zu stellen, wenn Franzosen und Deutsche – die in 100 Jahren drei Mal gegeneinander Krieg geführten haben – ihre Beziehungen von Grund auf revidiert haben und die Engländer ihr Inseldasein hinterfragen?
Heute ist es offensichtlich, dass eines Tages aus der Europäischen Gemeinschaft die Vereinigten Staaten von Europa entstehen werden. Damit dieser Europäische Staatenbund demokratisch, föderalistisch, sozial, rechtsstaatlich und verteidigungsfähig sein wird und auch die Menschenrechte respektieren und weiterentwickeln wird, muss die Schweiz sich daran beteiligen.
Die Schweiz muss sich beteiligen, weil sie von Europa und von den Entscheidungen, die Europa fällt, abhängig ist. Sie muss sich aber auch beteiligen, weil sie zu diesem im Aufbau begriffenen Europa viel beizutragen hat: Als demokratischer Rechtsstaat, der auf den Individualrechten beruht, besitzt die Schweiz eine lange Föderalismuserfahrung; ihr Verhandlungsgeschick und ihre Kunst des Kompromisses haben ihr erlaubt, ein politisches Gebäude zu errichten und zu verwalten, in dem verschiedene Volksgruppen, Sprachen, Kulturen und Konfessionen Platz finden. Sie ist ein Modell für das Europa von morgen.
Das heutige Europa ist die Schweiz von 1847: die Europäer des 20. Jahrhunderts sind heute dabei, auf der Ebene des Kontinents das aufzubauen, was die Eidgenossen im 19. Jahrhundert auf der Ebene unseres Landes verwirklicht haben.
Leben wir also in der Gegenwart und schauen wir der Wirklichkeit ins Gesicht! Haben wir Vertrauen in uns selbst und nehmen wir die Herausforderung an: Denn wenn die Schweiz unsere Heimat ist, wird Europa unsere Zukunft sein.

Guy-Olivier Segond, Bürgermeister von Genf, Nationalrat, Zentralpräsident der Europa-Union Schweiz